

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

25 Jahre nach Halabja – Unterstützung für die Opfer der Giftgasangriffe

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Am 16. März 2013 jährt sich zum 25. Mal der Giftgasangriff durch Saddam Hussein auf die kurdische Stadt Halabja im Nordirak. 5 000 Kurden starben, weitere Tausende wurden verletzt, viele leiden bis heute unter den Folgen.
- Der Deutsche Bundestag äußert sein tiefes Bedauern darüber, dass die Verbrechen in Halabja mit Giftgas verübt wurden, dessen Herstellung mit illegalen Lieferungen deutscher Firmen ermöglicht wurde.
- Der Deutsche Bundestag drückt den Opfern und ihren Angehörigen sein tiefes Mitgefühl aus.
- Der Deutsche Bundestag erinnert an die Verbrechen Saddam Husseins an den Kurden, wo in der sogenannten Anfal-Kampagne 180 000 Kurden ermordet wurden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- auch weiterhin Mittel für zivilgesellschaftliche Initiativen zur medizinischen und psychologischen Nachsorge der Opfer und ihrer Angehörigen bzw. Entwicklungsmaßnahmen in Halabja und den von Giftgasangriffen und Gewaltverbrechen unter Saddam Hussein besonders betroffenen Gebieten zur Verfügung zu stellen und bei Bedarf aufzustocken, um damit einen signifikanten Beitrag zu leisten, das auch nach 25 Jahren immer noch vorhandene Leiden der Betroffenen zu lindern;
- sich weiterhin für die Ächtung von Chemiewaffen und die Durchsetzung und Kontrolle der Chemiewaffenkonvention einzusetzen.

Berlin, den 12. März 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Am 16. März 1988 fand der Giftgasangriff auf Halabja im kurdischen Nordirak nahe der iranischen Grenze statt. Bei dem Angriff der irakischen Armee auf die damals iranisch besetzte Stadt während des Iran-Irak-Krieges kamen bis zu 5 000 Menschen ums Leben. Zahlreiche Verletzte flohen in den Iran. Die politische Verantwortung trug der damalige irakische Machthaber Saddam Hussein. Für die Durchführung des Angriffs war der damalige irakische Verteidigungsminister und Armeekommandeur Ali Hassan Al-Madjud verantwortlich. Er wurde im Juni 2007 im Zusammenhang mit den so genannten Anfal-Angriffen auf kurdische Dörfer zum Tode verurteilt. Bei den „Anfal“-Angriffen kamen nach Schätzungen von Human Rights Watch – Verein zur Wahrung der Menschenrechte e. V. – zwischen 50 000 und 100 000 Menschen ums Leben. Kurdische Quellen sprechen sogar von bis zu 180 000 Opfern.

Die Folgen der Saddam-Zeit sind in der Region Nordirak allgegenwärtig. Das trifft insbesondere für jene teils ländlichen und abgelegenen Gebiete zu, die besonders unter der Gewaltpolitik Saddam Husseins und den Giftgasangriffen gelitten haben. Krebs-, Haut-, Atemwegserkrankungen und Missbildungen gehören bis heute zu den Folgen der damaligen Giftgasangriffe. Viele Opfer und ihre Angehörigen leiden nach wie vor unter den physischen und psychischen Spätfolgen der damaligen Gewaltakte. Noch immer sind Tausende von Schicksalen von Vermissten und Ermordeten ungeklärt.

Am 16. März 2013 jährt sich zum 25. Mal der Giftgasangriff auf das irakisch-kurdische Halabja auf Befehl Saddam Husseins. Das C-Waffenarsenal Saddam Husseins hätte nicht ohne die Lieferungen internationaler, darunter auch deutscher Firmen aufgebaut werden können. Deutsche Firmen handelten gegen bestehende Rüstungsexportbestimmungen oder nutzten damalige Gesetzeslücken mit der Lieferung von Dual-Use-Gütern (vgl. Bericht der Bundesregierung vom 8. Mai 1991, Bundestagsdrucksache 12/487) an das Regime von Saddam Hussein aus. Anfang der 90er-Jahre kam es zu Anklagen gegen die beteiligten Firmen. Einige Angeklagte wurden verurteilt, andere freigesprochen. Das Strafmaß blieb mit Geld- und Bewährungsstrafen zumeist gering. Die Opfer erhielten bis heute von den verantwortlichen Unternehmen keinerlei Zuwendungen. Dennoch ist die Rolle internationaler und deutscher Firmen beim Aufbau des Chemiewaffenprogramms Saddam Husseins vor Ort unvergessen. Insofern ist die von ihnen geforderte Anerkennung ihrer Leiden mehr als berechtigt.

Die Bevölkerung von Halabja trägt bis heute schwer an den Folgen der Giftgasangriffe. Viele Überlebende befinden sich in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen und leiden unter der unzureichenden Gesundheitsversorgung und den mangelnden hygienischen Verhältnissen. Seit der Intensivierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regionalregierung des Nordirak durch die Eröffnung eines Generalkonsulats durch den damaligen Bundesminister des Auswärtigen Frank-Walter Steinmeier im Jahr 2009 wurden vermehrt auch zivilgesellschaftliche Initiativen zur Hilfe für die Opfer durch die Bundesregierung unterstützt. Dazu zählen u. a. „Halabja Rehabilitation Center for Victims of Chemical Attacks“, das „Kirkuk Center for Torture Victims“, das „Haukari Anfal-Erinnerungsforum“ und das Frauenzentrum „Khanzad“.

Auch außerhalb der kurdischen Gebiete sind die Menschen von den Spätfolgen der Gewaltherrschaft Saddam Husseins betroffen. Auch für diese Menschen sollte über bereits existierende Projekte hinaus weitere Unterstützung bereitgestellt werden, die nicht zuletzt einen wichtigen Beitrag zu Versöhnung und Stabilisierung im Irak leisten kann.